Reichstag.

205. Sitzung am Dienstag, den 14. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Kiderlen-Waechter.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Ausgabe kleiner Aktien

in den Konsulargerichtsbezirken und in Kiautschou.

v. Kiderlen-Waechter: Das Gesetz ist vor 1½ Jahren vom Reichstag abgelehnt worden. Es haben sich aber aus der Ablehnung sehr nachteilige Folgen ergeben. Verschiedene deutsche Aktiengesellschaften in Ostasien haben seitdem in englische umgewandelt werden müssen. Aus den Petitionen der deutschen Kaufleute in Ostasien und aus den Berichten unserer dortigen Vertreter geht hervor, daß eine Schaffung kleiner Aktien eine Heranziehung chinesischen Kapitals zu deutschen Unternehmungen nicht möglich ist, da der Chinese von anderen Ländern, speziell England, an die kleinen Aktien gewöhnt ist. Die Folge des jetzigen Zustandes ist, daß die dortigen deutschen Gesellschaften sich unter englisches Recht stellen, worunter das deutsche Prestige bei den Chinesen leidet. Die kleinen Aktien sollen nur für Ost-Asien, nicht auch für Deutschland oder andere Schutzgebiete zugelassen werden. Ich bitte dringend um Annahme der Vorlage.

Abg. Belzer (R.) stimmt für die Mehrheit seiner Freunde der Vorlage zu und beantragt ihre Ueberweisung an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Rösicke (L.): Ein großer Teil meiner Freunde lehnt das Gesetz nach wie vor ab. Wir wollen nicht ein deutsches Gesetz andern mit Rücksicht auf irgendwelche lokalen Verhältnisse im Ausland. Die unabweisbare Folge des Gesetzes wird sein, daß auch für Deutschland die kleinen Aktien zugelassen werden, und dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. (Bravo! rechts.)

Abg. Geck (Soz.):

Wir hätten das Gesetz am liebsten im Plenum begraben, wollen uns aber der Kommissionsberatung nicht widersetzen. Es handelt sich bei diesen Kleinaktien nicht um Kleinigkeiten, sondern man will den kleinen Finger der Gesetzgebung, um bald die ganze Hand zu bekommen. Die wichtigsten Forderungen des Volkes bleiben unerledigt, hier aber, wo es sich um die Interessen einiger

Kapitalisten in Ostasien

handelt, arbeitet die Regierung außerordentlich rasch (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und bringt uns sehr schleunig dieses Gesetz wieder, das schon einmal abgelehnt ist. Das Zentrum scheint seinen inzwischen umgefallen zu sein, so daß die an den kleinen Aktien interessierten Kreise ihre Hoffnungen auf die Pique-Dame setzen können. (Heiterkeit.) Dernburg ist ja auch aus dem Kolonialamt verschwunden, der ein

Gegner dieses Entwurfs

war. Das Gesetz soll jetzt auf Ostasien beschränkt bleiben, aber was den Deutschen in China recht ist, ist denen in Afrika billig, und so würde bald die Ausdehnung des Gesetzes auf Südwestafrika und Ostafrika folgen, und wer weiß, ob die kleinen Aktien nicht auch schon zur Spekulation für das neue, uns am Kongo zugewiesene Gebiet in Aussicht genommen sind. Die Erfahrungen der Vergangenheit sollten uns abschrecken, die Hand dazu zu bieten, um die Spekulationswut in die Kreise der kleinen Leute hinauszutragen. Es ist bezeichnend, daß für diese kleinen Aktien sich ganz besonders

ein gewisser Lebius

interessiert (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten), der sogar an den Reichstag deswegen petitioniert hat.

Mit welchem Pathos hat sich früher nicht Herr Erzberger gegen die kolonialen Kleinaktien erklärt und jetzt?? Jetzt lebt das Zentrum geradezu in einem

Konkubinat mit dem Kapitalismus.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Unruhe im Zentrum.) Früher warfen die Freisinnigen dem Zentrum ein Konkubinat mit uns vor, das die Kirche eingesegnet habe. (Große Heiterkeit.) Das neue Konkubinat dagegen hat den Segen der Börse gefunden. (Erneute große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die kleinen Leute brauchen nicht kleine Aktien,

sondern Brot.

Man will neue Absatzmärkte schaffen und vergißt, daß wir zu Hause noch ein großes Stück Asien haben, wo das Kapital sich betätigen mag, um neue Werte, um

Arbeit und Brot

zu schaffen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Kommissar des Reichsmarineamts bemerkt, Dernburg habe sich aus seiner Kenntnis Ostasiens heraus aus einem Gegner zu einem Anhänger der Vorlage bekehrt, die im Interesse der deutschen Industrie, also auch in dem der deutschen Arbeiter liege.

Abg. Dove (Vp.): Herr Geck hat recht, wenn er sagt, die Arbeiter brauchen Brot, nicht Aktien. Aber gerade Brot soll diese Vorlage schaffen, indem sie der Ausbreitung des auswärtigen Marktes für unsere Industrie dient. (Sehr wahr! bei den Liberalen und im Zentrum.) Von Umfall darf man hier auch nicht sprechen, man fällt nicht um, wenn man sich in einer wirtschaftlichen Frage belehren läßt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Zustimmung bei den Liberalen und im Zentrum.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Herr Dove hat sehr recht damit, daß es sich hier um grundsätzlich politische Unterschiede zwischen Ihnen und uns handelt. Ich hoffe, gerade dieser Umstand wird auch die noch Schwankenden in den Reihen meiner Freunde zu Gegnern des Gesetzes machen. (Sehr gut! rechts.) Die Hauptsache, worauf es bei der Vorlage ankommt, hat die Regierung uns verschwiegen. (Hört! hört! rechts.) Den dortigen Kaufleuten liegt vor allem an der Zulassung der Mexikanischen Hundert-Dollar-Aktien, die durch das Gesetz auf Umwegen ermöglicht werden soll, obgleich ihr Kurs nur 185 M. beträgt. Das Gesetz muß also so umgeändert werden, daß es die Ausgabe chinesischer Hundert-Dollar-Aktien ermöglicht und muß nur auf Ostasien beschränkt werden.

Vizepräsident der Reichsbank Dr. v. Glasenapp betont, daß der Kurs der Mexikanischen Hundert-Dollar-Aktien in den letzten Jahren immer über 200 M. gewesen sei.

Abg. Oertel (natl.) beantragt im Interesse einer schleunigen Erledigung der Vorlage ihre Ueberweisung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Raab (Antis.): Gegen die Herabsetzung der Aktien auf unter 1000 M. hat sich seinerzeit auch Eugen Richter ausgesprochen. Auch Dr. Karl Peters hat mit Recht davor gewarnt, durch die Kleinaktienausgabe die Spielwut zu fördern. Wenn die kleinen Aktien sinken werden, so wird sich die Wut der kleinen Leute in China gegen Deutschland kehren. Wir sind dafür, die Vorlage an die Budgetkommission zu schicken; hoffentlich auf Nimmerwiedersehen! (Bravo! bei den Antisemiten.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco erklärt, daß die Regierung an eine Aenderung des inländischen Aktiengesetzes nicht denke.

Abg. Kaempf (Vp.) polemisiert gegen den Abg. Arendt. Die Ungewißheit der Entwickelung in China nötige dazu, dem deutsch-chinesischen Handel die bestmögliche Rüstung zu geben.

Abg. Dr. Göhre (natl.) tritt für die Einsetzung einer besonderen Kommission ein. Die Ueberweisung an die stark überlastete Budgetkommission würde das Zustandekommen der Vorlage gefährden.

Abg. Dr. Belzer (Z.) hält seinen Antrag auf Ueberweisung an die Budgetkommission aufrecht; diese könne in ein bis zwei Sitzungen damit fertig werden.

Damit schließt die Beratung. Gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Volkspartei wird die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen.

Hierauf wird die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die

Eisenbahnermaßregelungen

fortgesetzt.

Abg. Böhle (Soz.):

Die bürgerlichen Parteien haben gestern dem Minister bezüglich der Maßregelungen von Eisenbahnarbeitern nicht recht gegeben und versprochen, die Frage, inwieweit diese Arbeiter der Gewerbeordnung zu unterstellen sind, im Reichstag zu behandeln. Hoffentlich ist dies nicht bloß ein

Versprechen vor den Wahlen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur Herr Behrens hat einen anderen Standpunkt vertreten und sich bei der Rechten in empfehlende Erinnerung gebracht, was er für ein patenter Arbeiterführer ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er wird ja auch die Unterstützung der Konservativen bei den Wahlen haben. (Abg. Linz (Rp.) ruft wiederholt: Unerhört! und wird von sozialdemokratischer Seite energisch zur Ruhe gewiesen.) Aber als Arbeiterführer ist ja Herr Behrens nicht ernst zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Becker hat ja gestern einen

richtigen Eiertanz

ausgeführt, wie es sich für einen richtigen Zentrumsmann ziemt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er hat leise den Minister getadelt, auch den Arbeitern Vorwürfe gemacht und dann über sozialdemokratischen Terrorismus geklagt. Das Zentrum hat dazu am wenigsten Anlaß, hat doch das bayerische Zentrum auf seinem Pactetag die krasse Aufforderung an die Regierung gerichtet, alle sozialdemokratischen Arbeiter aus dem Staatsdienst zu entlassen. (Lebh. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Partei, die ein

Ausnahmegesetz

gegen andere Parteien verlangt, darf nicht über Terrorismus klagen. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister nimmt für die Eisenbahnverwaltung das Recht in Anspruch, die Staatsarbeiter in ihren Versammlungen und Vereinen zu überwachen. Dieses Recht müssen wir der Verwaltung entschieden bestreiten, ihr Vorgehen ist ein

ungesetzliches.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Minister verlangt, die Arbeiter sollen auch in ihren Versammlungen den Vorgesetzten, die von der Verwaltung hingeschickt werden, Achtung und Gehorsam erweisen. Das weisen wir entschieden zurück. Das ist eine ganz unzulässige

Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte

der Eisenbahnarbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter verlangt die Verwaltung, der Verband soll Auskunft über seine Mitgliederzahlen, über seine Kassenbestände, seine Wohlfahrtseinrichtungen usw. geben. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten); ferner sucht sie zu ermitteln, welche Arbeiter in Konsumvereinen sind. Zu solcher

ungeheuerlichen Bevormundung

(mit der Hand auf den Tisch schlagend) hat die Verwaltung nicht das mindeste Recht. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister beklagt sich bitter, daß der Verband der sozialen Verwaltung Widerstand leistet, die die Löhne seit 1904 um 28 Proz. gesteigert habe. Was will das besagen angesichts der außerordentlich niedrigen Löhne vor 1904 und der ungeheuren Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. Die Löhne der Staatsarbeiter sind bei weitem noch nicht so hoch, wie sie sein sollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Maßregelung des Kesselschmiedes Oertel rechtfertigt der Minister, weil Oertel die Verwaltung beleidigend kritisiert hat. Aber Oertel bestreitet, die ihm von dem Beauftragten der Verwaltung in den Mund gelegten Worte gebraucht zu haben. Noch am 18. Juni 1911 hatte Oertel eine Belohnung von 15 M. für 25jährige zufriedenstellende Dienstführung erhalten. (Lebhaftes Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Bei solchen Männern sollte die Verwaltung doch vorsichtiger sein. Der von der Verwaltung mit der Ueberwachung der Versammlung beauftragte Beamte hat sich übrigens durchaus lobend über den maßvollen Charakter des Referats ausgesprochen (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten); der Bericht, auf den hin Oertel gemaßregelt wurde, stammt von einem nicht offiziell hingeschickten Beamten (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Spitzel!), dessen Name Oertel bisher nicht erfahren konnte. Es ist einfach

ein Skandal,

daß der Chef der Reichseisenbahnverwaltung ein solches Verfahren dulden, das einem

Spitzelsystem

gleichkommt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister soll endlich mit seinem Gewährsmann herausrücken und erklären, daß er solch Spitzelsystem nicht billigt.

Der Minister behauptet, die Sozialdemokratie untergrabe die Disziplin und Autorität, demgegenüber konstatiere ich, daß der betreffende Verband ausdrücklich auf das Streikrecht verzichtet hat. Aber selbstverständlich steht es den Arbeitern frei, von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen. — Der Minister hat gestern meinen Parteigenossen Legien zitiert; er hat übersehen, daß Legien die zitierten Worte innerhalb von Ausführungen gemacht hat, die gegen den Massenstreik gerichtet waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem Legien gesagt hat, daß uns die Eisenbahnarbeiter in der Organisation fehlen, fährt er fort: „Glaubt man denn wirklich, daß, nachdem wir uns jahrzehntelang vergeblich bemüht haben, die Eisenbahner zu organisieren, sie sich durch die Idee des politischen Massenstreiks für unsere Ideen gewinnen lassen?“ Legien hat also das Gegenteil dessen gesagt, was der Minister ihm unterlegte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister meinte gestern, Disziplin, Zucht und Ordnung sei besonders bei den Eisenbahnern an der Westgrenze nötig. Das zeigt, daß er den Volkscharakter an der Westgrenze vollständig verkennt; man wird sich dort auf die Dauer diese preußische Schneidigkeit nicht gefallen lassen. Fahren Sie nur so fort, das ist die beste Agitation für meine Partei. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Ich hatte schon gestern ausdrücklich festgestellt, daß das Vereins- und Versammlungsrecht seine Grenze in den zwingenden Notwendigkeiten des Eisenbahndienstes findet. Wenn die Verwaltung wie im Falle Oertel sich entschließt, einen Arbeiter zu entlassen, der 25 Jahre im Dienste steht, so müssen außerordentlich schwere Gründe vorliegen. (Zuruf: Wer ist Ihr Gewährsmann?) Das Wesentliche, die gehässige Agitation, hat Oertel selbst zugestanden. — Wie der Vorredner den Worten Legiens einen anderen Sinn unterlegen kann als ich gestern, verstehe ich nicht. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Herr Becker wünschte für die Arbeiter wegen des Verzichtes auf das Streikrecht weitgehendes Entgegenkommen der Verwaltung. Das ist nicht richtig, wenn man das Streikrecht aus Gründen des allgemeinen Wohls ablehnt. Im übrigen sind aber die Eisenbahnarbeiter viel besser gestellt als andere Arbeiter. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Spahn-Warburg (Z.): Herrn Böhle ist die

Brandmarkung

der Generaldirektion in Straßburg nicht gelungen. Er verlangt den Namen des „Denunzianten“, wie er sich ausdrückt, auf dessen Angaben hin die Maßregelungen erfolgt sind, aber derselbe Herr Böhle weigert sich, den Namen des Zentrumsführers zu nennen, der angeblich den Sozialdemokraten das Stichwahlbündnis für Elsaß-Lothringen angeboten hat.

Die sozialdemokratischen Redner sagen, in den Statuten des Eisenbahnerverbandes ist nicht vom Streikrecht die Rede. Was will das heißen. Herr Bebel hat mehrfach Aeußerungen getan, die nur als

Aufforderung zur Heuchelei

an die Arbeiter verstand erworben kann. (Hört! hört! im Zentrum. Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie erzieht ja die Arbeiter zu Heuchlern. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Es kann doch nicht geleugnet werden, daß sie prinzipiell das Streikrecht auch für die Eisenbahner in Anspruch nimmt, wenn sie es jetzt auch wegzuleugnen sucht. Diese „jesuitische Methode“ mißfällt jetzt auch schon sozialdemokratischen Kreisen, so wendet sich die „Leipziger Volkszeitung“ ausdrücklich gegen die Ausführungen, die Bebel bei der Marokkodebatte über den Generalstreik gemacht hat, sie stellt fest, daß die Stellung der deutschen Partei auf den internationalen Kongressen in Jena von Lebedour richtig dahin bezeichnet worden ist: „Wir wissen nicht, ob wir einen Generalstreik machen werden, wir wissen aber auch nicht, ob wir keinen machen werden.“ (Wiederholtes Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Solange der Eisenbahnerverband sich nicht ausdrücklich gegen das Streikrecht erklärt, muß er sich gefallen lassen, als unter sozialdemokratischem Einfluß stehend betrachtet zu werden. Die Sozialdemokratie hat ja auch nach der Entlassung Oertels die Masse fallen lassen, Oertel hat offen zur Unterstützung der Partei bei den Wahlen aufgefordert. (Lebh. Hört! hört! rechts und im Zentrum.)

Wir bitten dringend den Minister, auf dem beschrittenen Wege fortzufahren. Verwunderlich ist aber, daß die Eisenbahnverwaltung überhaupt den neuen Verband duldet, der nichts als ein Aushängeschild für den aufgelösten Süddeutschen Eisenbahnerverband ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Scharfmacher erster Güte.) Aber auch die anderen Staatsbehörden müssen aufhören, die Sozialdemokratie zu begünstigen. In einigen Wahlkreisen haben Beamte bis zu den höchsten Spitzen herauf für die Sozialdemokratie agitiert. (Zuruf bei den Liberalen: Erzbischof Bettinger. Heiterkeit.) Wenn Beamte für die Sozialdemokratie eintreten, wie soll man denn es dann verhindern, daß die Arbeiter Sozialdemokraten werden, die es dann auch bleiben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Heiterkeit.) Diese offizielle Begünstigung muß aufhören. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum und rechts. — Abg. Ledebour ruft: Das ist eine Wahlrede für uns. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Der 1910 gebildete Verband hat allerdings bereits den lebhaften Verdacht erweckt, daß seine Mitglieder Sozialdemokraten sind. Der Frage, auf wessen Anstiften er gegründet worden ist, bin ich absichtlich nicht nachgegangen, ein Zeichen, wie vorsichtig die Verwaltung vorgeht. Sollte der Verband weiter so ordnungsfeindlich vorgehen, so wird er natürlich der Auflösung verfallen.

Hierauf vertagt sich das Haus. — Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Mittwoch 1 Uhr mit der Tagesordnung: Schiffahrtsabgaben. — Ein Antrag Ledebour (Soz.), die Debatte über die Interpellation fortzusetzen, wird mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten abgelehnt. (Pfui-Rufe zum Zentrum herüber bei den Sozialdemokraten.)

Schluß 7 Uhr.

Nur ausdauernde ununterbrochene Bestrebungen, erstklassige, vollendete Qualitäten bei größter Preiswürdigkeit in den Handel zu bringen, hat die

Georg A. Jasmatzi Act.-Ges.

größte deutsche Cigarettenfabrik Dresden auf ihre jetzige Höhe gebracht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19111115/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG